

## **Beschluss des Landrates vom 14.06.2018**

Nr. 2119

### **16. Ausstieg aus dem Fremdsprachenkonzept – Sistierung von finanziellen Ausgaben bis zum Volksentscheid**

2018/356; Protokoll: cr

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) erklärt, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

**Roman Brunner** (SP) spricht sich namens der SP-Fraktion gegen Überweisung aus. Marc Schinzel möchte sämtliche Ausgaben im Zusammenhang mit dem Fremdsprachenkonzept bis nach der Abstimmung sistieren. Dies widerspricht der geltenden Gesetzeslage und jeglicher Logik. Man stelle sich vor, dass alle finanziellen Konsequenzen proaktiv wirksam werden sollen, die das allfällige Resultat einer zukünftigen Volksabstimmung haben könnte – und das sind einige unbekannte. Wo führte dies hin? Ein Beispiel: Man stellt das Geld für Prämienverbilligungen den Begünstigten heute zur Verfügung, obwohl die Abstimmung über die entsprechende Initiative erst im November erfolgt. Der Redner ist Regierungsrätin Monica Gschwind sehr dankbar, dass sie den Schulen Planungssicherheit gibt und bekräftigt, dass das bestehende Fremdsprachenkonzept bis zu einer Volksabstimmung weiterhin gilt. Dafür sind logischerweise auch die entsprechenden Mittel vonnöten. Umso erstaunlicher ist es, dass die Regierung das Postulat entgegennehmen will. Das korrekte Vorgehen wäre es, die finanziellen Auswirkungen eines allfälligen Abstimmungsergebnisses im Aufgaben- und Finanzplan als Risiko einzustellen. In diesem Zusammenhang verweist der Redner auf einen Brief der Schulleiterkonferenz der Primar- und Sekundarstufe. Darin äussern sich nicht besorgte Eltern, die durchaus eine bestimmte Wahrnehmung der Fremdsprachendidaktik haben dürfen, und auch nicht «Wut-Lehrpersonen», die gerne an einem Unterrichtskonzept aus Gotthelfs Zeiten festhalten wollen. Vielmehr haben die direkt betroffenen Lehrpersonen und Schulleitungen den Brief verfasst und verweisen ziemlich sachlich auf die Situation an den Primar- und Sekundarschulen. Heute Vormittag konnte eine Petition der Primarlehrpersonen zur Kenntnis genommen werden. Sie zeigt deutlich, dass das Fremdsprachenkonzept alles andere als gescheitert ist. Auch die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen soll nicht verboten werden, sie ist gerade in der kleinräumigen Schweiz sinnvoll. Eine Zusammenarbeit zumindest im Bildungsraum Nordwestschweiz muss institutionalisiert und mit entsprechenden Vereinbarungen abgesichert werden. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat darum ab.

Nach **Marc Schinzel** (FDP) geht es darum, nun, da der Landrat den Ausstiegsentscheid gefällt hat, nicht zusätzlich neue Kosten zu generieren etwa für Weiterbildungen, Evaluationen oder für die Überarbeitung von Lehrmitteln. Eine Task-Force ist dabei, ein Konzept zu erarbeiten. Der Redner ist sicher, dass die Task-Force eine gute Lösung finden wird. Es geht überhaupt nicht darum, bereits beschlossene Kosten oder beispielsweise mit anderen Kantonen eingegangene Verpflichtungen rückgängig zu machen. Vielmehr geht es darum, keine neuen Kosten zu generieren. Die Regierung wird mit dem Postulat dazu eingeladen, in diesem Sinne verantwortlich zu handeln. Bei der Weiterbildung ist es beispielsweise so, dass sie bei den Primarschulen bereits abgeschlossen ist und auf Sekundarstufe noch zehn Personen weiterzubilden sind. Man wird sicher nicht sagen, dies sei nun zu stoppen. Aber es sollen keine neuen Kosten entstehen. Die Regierung soll dies nun prüfen und dazu berichten.

Wie **Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) ausführt, ist es für die CVP/BDP-Fraktion heikel, einen solchen Vorstoss zu überweisen. Die Fraktion teilt die Argumente, die Roman Brunner vorbrachte.

Die Volksabstimmung ist noch gar nicht erfolgt. Es muss also abgewartet werden, wie sich die Bevölkerung zum Thema ausspricht. Wie bereits erwähnt wurde, haben sich die Lehrer- und Lehrerinnenkonferenz und auch die Schulleiterkonferenz dazu geäußert. Die Verunsicherung ist extrem gross. Wenn zusätzlich ein solches Postulat überwiesen wird, wird dies nicht zur Beruhigung der Situation beitragen. Das Postulat braucht es nicht. Vielmehr sollte man die Task-Force arbeiten lassen. Im Übrigen wird es Zeit, dass der Landrat aufhört, sich mit bildungspolitischen Themen auseinanderzusetzen. Er sollte es ermöglichen, dass HarmoS in Ruhe umgesetzt wird und die Schulen in Ruhe arbeiten können.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) erklärt seitens der Grüne/EVP-Fraktion, diese lehne das Postulat ebenfalls ab. Dies hat vor allem einen Grund. Evaluationen sind sehr wichtig im ganzen Prozess. Die erwähnte Task-Force, in welcher alle Fraktionen Einsitz haben, hat noch nicht abschliessend entschieden. Das Ziel wäre es, dem Volk einen Kompromiss vorzulegen, der von möglichst allen mitgetragen werden kann. Die Evaluationen sind ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Task-Force. Darum ist es höchst fragwürdig, dies nun zu sistieren. Es überrascht, dass die Regierung das Postulat entgegennehmen will. Wie Béatrix von Sury d'Aspremont richtig sagte, ist der Volksentscheid noch nicht erfolgt. Der Landrat hat zwar entschieden, aber das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen. Darum wäre es gefährlich, die Gelder zu sistieren.

Die SVP-Fraktion wird laut **Pascale Uccella** (SVP) das Postulat gerne überweisen. Die Regierung ist bereit, es entgegenzunehmen, und so sollte man dies unterstützen.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) habe sich die Frage auch gestellt, was das Postulat genau erreichen will. Sie ist mit allem Gesagten einverstanden. Die Initiative entfaltet selbstverständlich keine Vorwirkung und das Postulat wäre nicht nötig. Es ist logisch, dass Geld nicht zum Fenster hinaus geworfen oder etwas angerissen wird, das neue Ausgaben auslöst. Die Rednerin hat das Postulat so verstanden, dass der Regierungsrat berichten soll. Es ist jedoch kein Auftrag, die Evaluationen zu sistieren. Wenn im Februar die Landratsvorlage über die Umsetzung der Initiative vorliegt, kann auch gesagt werden, was in der Weiterbildung passiert ist. Mit einer Sistierung wäre die Rednerin überhaupt nicht einverstanden. Einerseits bestehen diverse Verpflichtungen, die nicht einfach aufgelöst werden können. Andererseits laufen Weiterbildungen, die zu Ende geführt werden müssen. Und schliesslich entfaltet die Initiative wie erwähnt keine Vorwirkung. Darüber sind sich alle einig. Der Regierungsrat ist bereit, die Sache zu prüfen. Der Rednerin wäre natürlich aber auch recht, wenn der Landrat das Postulat gar nicht erst überweisen würde.

**Marc Schinzel** (FDP) ist wichtig, dass keine Kosten generiert werden für ein Projekt, bei dem der Ausstieg bereits beschlossen ist. In Bezug auf die eingegangenen Verpflichtungen gilt selbstverständlich: «pacta sunt servanda». In dieser Hinsicht besteht keinerlei Differenz.

Zum Glück, so **Miriam Locher** (SP), könne der Landrat in diesem Fall nicht abschliessend entscheiden. Die Stimmbevölkerung wird über den Ausstieg beschliessen. Das ist ein wichtiger Punkt.

://: Das Postulat wird mit 43:35 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

---